



Jörg Becker:
Die Digitalisierung von Medien und Kultur. Mit einem Vorwort von Lothar Bisky.
 Wiesbaden 2013: Springer VS. 246 Seiten,
 29,95 Euro

Die Digitalisierung von Medien und Kultur

Eine „politökonomische“ (S. 262) Analyse der anhaltenden Digitalisierung von Medien und Kultur schwebte dem (ehemals) Marburger Kommunikationswissenschaftler, der eigentlich als Herausgeber bei diesem eher als Reader zu kennzeichnenden Band firmieren müsste, vor, so lässt sich aus der Einleitung herauslesen: Die notorische Dominanz der Werbung, die anhaltende Proprietarisierung des ursprünglich offenen und freien Internets durch die mächtigen IT-Konzerne sowie die vordergründige, oft freiwillige Entfremdung der Individuen als „Selbstkolonialisierung“ im Netz sind dafür seine Parameter. Doch die elf Autorinnen und Autoren, die sich aus Beckers Lehr- und politischer Tätigkeit in England, den USA, Österreich und Deutschland rekrutieren und für die einzelnen Medien die erfolgreichen und künftigen Veränderungen aufarbeiten, folgen diesem Anliegen recht uneinheitlich. Etliche begnügen sich mit eher deskriptiven Darstellungen, die meisten liefern faktengesättigte Rekonstruktionen der jüngsten Entwicklungen und entwerfen Zukunftsstrategien: Bild, Musik, Funkfrequenzen, Videospiele, Kino, Radio, Zeitung, Fernsehen, Internet und Smartphones, Werbung, Museen sind die Medien oder auch Themenkomplexe, die betrachtet werden. Die vielfach beschworene Konvergenz der Medien als zentraler Trend der Digitalisierung wird allenfalls hier und da gestreift. Tenor ist bei allen, dass die „Digitalisierung“ „ein technologischer Fortschritt“ sei, „hinter den nicht zurückgegangen werden kann“ (S. 81). Konkreter und offensichtlicher lassen sich jeweils die technischen

Konsequenzen nachzeichnen, wie auch die spürbaren Folgen für die jeweiligen Märkte: etwa der Boom bei den Videospiele, die Einbußen in der Musikbranche, die Transformationen des Zeitungsgeschäfts, die Fragmentierung, aber auch die Interaktivität der Fernsehkommunikation, die Bedrohung des Kinos, die variantenreiche Omnipräsenz digitaler Werbung oder die rasante Explosion des Internets vom technischen Standard zum kommerziellen Web 2.0. Unterschiedlich eingeschätzt werden indes die ökonomischen und strukturellen Bedingungen in einem sich globalisierenden Medienmarkt und die Aufgaben der Politik bzw. des Staates: Beherrschen ihn die neuen IT-Giganten wie Apple, Microsoft, Google und Amazon nahezu allein, die sich auch von nationalen Regulierungen nicht beeindrucken lassen? Welche Rolle spielen die ehemals mächtigen Oligopole der traditionellen Medien wie Hollywoods Film-Majors oder die Presse- und Fernsehkonzerne, früher als „Kulturindustrie“ bezeichnet? Finden da Fusionen oder Übernahmen statt? Dem Staat bzw. den suprastaatlichen Organisationen trauen die Autorinnen und Autoren allenfalls geringe Regulierungsoptionen zu, manche sehen sie sogar als nützliche Handlanger der globalen Marktmacht, andere wollen sie zusammen mit neuen Bewegungen, den Internetcommunitys und Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Faktoren zur „Rettung“, mindestens zum partiellen Schutz des Netzes einsetzen. Als drakonischer Zensor und Kontrolleur kommt der Staat allerdings nicht ins Visier. In einer Stellungnahme zum Thema „Kontroll- und Verwertungsinteressen versus Freiheit und Gleichheit im Netz“ – hier

unkorrekt als „Vorwort“ deklariert – bezichtigen (der kürzlich verstorbene) Lothar Bisky, damals noch Mitglied des Europäischen Parlaments für DIE LINKE, und Jürgen Scheele, Medien- und Netzexperte für DIE LINKE im Deutschen Bundestag, die „sich herausbildenden Konglomerate einer digitalen Kulturindustrie aus Content-Verwertern, Netzbetreibern, Technologie- und Diensteanbietern“ sowie den Staat der fortschreitenden „Kolonialisierung des Netzes“, die den „Grundsätzen technologiegetriebener Überwachungslogiken“ folge (S. 20). Ihnen gegenüber müssten Netz und Kultur weiterhin als „öffentliches Gut“ aufrechterhalten und ihre weitere Kapitalisierung gesellschaftlich verhindert werden. Allerdings reichen die angebotenen Konzepte, die auch Becker in seinem kurzen Abschlusskapitel (S. 261 ff.) umreißt, über die bereits diskutierte pauschale Kulturflaute, alternative, vom Staat subventionierte Geschäftsmodelle, Regelungen für Medienfreiheit, zum Datenschutz und zur Netzneutralität nicht hinaus. In bürgerlichen Demokratien mögen sie in nationaler Reichweite noch wirksam sein, nicht aber im ortlosen, internationalen Netz, das sich gegen ganz verschiedenartige Regime – von autoritären wie Russland, China oder Iran bis hin zu recht liberalen wie etwa den skandinavischen Staaten – behaupten muss.

Prof. Dr. Hans-Dieter Kübler